

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rüdorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Riedermüllen, Rübchnappel und Lirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 4

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Donnerstag, den 6. Januar

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1910.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Preis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Buchauer Straße Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Anträger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamazeile 30 Pfg. zur amtlichen Seite kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprech Anschluss Nr. 7. Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: T a g e b l a t t.

Auf Blatt 3 des Genossenschaftsregisters, die Konsumgenossenschaft zu Müllen St. Nicola, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Müllen St. Nicola betr., ist am 4. Januar 1910 eingetragen worden: **Heinrich Fürtbergott Popp** ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes, an seiner Stelle ist der Weber **Franz Theodor Hilbig** in Müllen St. Nicola Vorstandsmitglied.

Königliches Amtsgericht Lichtenstein.

Bekanntmachung.

Bei uns ist eine **Schutzmannsstelle** baldigt zu besetzen. Jahresgehalt 1100 M., der bei zufriedenstellenden Leistungen bis 1600 M. steigt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen wolle man bis 25. Januar 1910 einreichen. Persönliche Vorstellung ist zunächst nicht erwünscht.

Lichtenstein, am 31. Dezember 1909.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Wit: Rücksicht auf den bevorstehenden Rechnungsabschluss der städtischen Kassen werden alle diejenigen Handwerker, Lieferanten usw., welche noch Forderungen für im Jahre 1909 ausgeführte Arbeiten, gelieferte Sachen und dergleichen an eine der städtischen Kassen haben, hierdurch aufgefordert, ihre Rechnungen **umgehend, spätestens aber bis zum**

10. Januar 1910

zur Auszahlung bei dem unterzeichneten Stadtrate einzureichen.

Das Wichtigste.

- Der jüngst verstorbenen Rentier Hermann Arnold hat die Stadt Nordhausen zur Universalerbin seines etwa 1 einhalbe Millionen Mark betragenden Vermögens eingesetzt.
- Der ehemalige Finanzminister v. Lutzow ist endgültig zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt worden.
- Präsident Fallieres wird demnächst der Schweiz einen offiziellen Besuch abstatten.
- Auf der Straße Halle-Naumburg wurde zweimal versucht, einen Personenzug zum Entgleisen zu bringen. Die Hindernisse — zentner schwere Steine — wurden rechtzeitig beseitigt.
- Lehrerreich hat beschlossen, den Dafenort Zebenico an der dalmatinischen Küste zum Kriegshafen umzugestalten.
- Nach einer Meldung aus London wird die Zahl der aushändigten Vergarbeiter in Nordhumberland und Durham auf je 20,000 angegeben.

Die preussische Wahlreform.

Die Arbeiten an der preussischen Wahlrechtsreformvorlage sind im preussischen Staatsministerium nunmehr soweit gediehen, daß man die Einbringung des Entwurfes im Landtage aller Voraussicht nach in einigen Wochen erwarten kann. Aus der von der preussischen Regierung veröffentlichten Wahlrechtsreform und namentlich aus dem dazu gelieferten amtlichen Kommentar konnte man ersehen, daß eine einschneidende Reform nicht zu erwarten ist. Das behält auch eine Kritik der gewöhnlich offiziös bedienten „Berl. Polit. Nachr.“. Die genannte Korrespondenz schreibt:

Eine Statistik, die sich lediglich auf den Vergleich von Wahlen mit öffentlicher Stimmabgabe stützt, kann kein tatsächliches Material für die Frage bieten, ob die öffentliche Stimmabgabe bezubehalten oder zu der geheimen Abstimmung überzuweichen sei. Solche tatsächlichen Untersuchungen lassen sich vielmehr nur durch einen Vergleich zwischen den Ergebnissen der preussischen Wahlen mit öffentlicher Abstimmung und denen der Reichstagswahlen mit geheimer Stimmabgabe gewinnen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Entscheidung über die Frage der Gestaltung der Abstimmung durch Erhebungen in der letztgenannten Art gleichfalls sorgsam vorbereitet worden ist, aber man würde sich voraussichtlich täuschen, wenn man annähme, daß die Ergebnisse solcher Ermittlungen die vielfach verbreitete Auffassung unterstützen würden, in der geheimen Stimmabgabe liege ein sicheres Schutzmittel gegen sozialdemokratischen Wahlterrorismus.

Es ist klar, daß, wenn jene Auffassung der tatsächlichen Unterlage entbehrt, auch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zugunsten der geheimen Stimmabgabe hinfällig werden.

Also mit anderen Worten: die preussische Regierung wird sich nicht dazu entschließen, die geheime Stimmabgabe einzuführen, da der einzige Grund, der sie dazu bestimmen könnte, der Schutz gegen den sozialdemokratischen Wahlterrorismus, nach der amtlichen Untersuchung nicht für die geheime Wahl geltend gemacht werden kann.

Weiter wird noch von der „Tägl. Rdsch.“ gemeldet: Der Reichskanzler hat dem Kaiser über den Stand der preussischen Wahlrechtsreform Vortrag gehalten. Die bisherigen Verhandlungen des preussischen Ministeriums, die noch nicht abgeschlossen sind, haben ein einmütiges Festhalten an der öffentlichen Abstimmung ergeben.

Deutsches Reich.

Blauen. Der Streik der kognitändischen Stickerei-Industrie nimmt, wie man schreibt, weiteren Umfang an. Von der Streikleitung sind bis jetzt insgesamt über 500 Streikarten ausgestellt worden. Jetzt haben auch die Arbeitgeber zum Streik Stellung genommen. Die Fabrikanten und Stickmaschinenhersteller in Haldensheim eine Versammlung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, den vom Textilarbeiter-Verband vorgelegten Forderungen nicht zu genehmigen. Alle Anwesenden haben sich durch Unterschrift verpflichtet, den Forderungen auf keinen Fall zu unterschreiben. Damit dürfte der Streik zu einer Krisenprobe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden.

Berlin. Ein Wechselspiel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten Taft. Präsident Taft erhielt vom Kaiser Wilhelm zum Jahreswechsel folgendes Telegramm: „Ihnen und dem amerikanischen Volke meine besten Wünsche für ein glückliches Neujahr! — Präsident Taft erwiderte: In voller Würdigung und Anerkennung der mit übermenschlichen freundschaftlichen Wünschen Eurer Majestät, wünsche ich Ihnen und dem deutschen Volke für das kommende Jahr Gesundheit und Wohlergehen.“

— (Der Reichs- und Abgeordnete Wetterle, der zur Zeit seine Gefängnisstrafe für die von ihm begangenen Pressebeleidigungen verbüßt, macht wieder einmal auf sich reden. Die Pariser Zeitung „Gil Blas“ veröffentlicht im Feuilleton eine Karte, die der Abbe Wetterle zum neuen Jahre an seine Freunde versandt hat. Die Karte ist in französischer Sprache abgefasst und trägt in der linken Ecke die Überschrift: „Brison departementale.“ Diese Karte wird nach der Ansicht des „Gil Blas“ alle Empfänger dieses Neujahrsgrußes

Hierbei wird noch bemerkt, daß die Rechnungen für die einzelnen Kassen getrennt zu halten und alle, auch die kleinsten Beträge einzurechnen sind.

Da seit längerer Zeit von einigen Handwerkern, Lieferanten usw. die Rechnungen erst nach übermäßig langer Zeit vorgelegt worden sind, so sehen wir uns erneut veranlaßt zu erklären, daß wir diejenigen Handwerker und Lieferanten, welche ihre Rechnungen künftig nicht rechtzeitig einreichen, von städtischen Arbeiten beziehungsweise Lieferungen ausschließen werden.

Lichtenstein, am 24. Dezember 1909.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß nach § 3 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904, betr. die Bekämpfung der Reblaus, die Befendung, Ein- und Ausfuhr von Reblaus oder Blindsägen über die Grenzen eines Weinbaubezirkes verboten ist und Zuwiderhandlungen nach § 10 des genannten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit einer dieser Strafen geahndet werden.

Lichtenstein, den 3. Januar 1910.

Der Stadtrat.

Die Volksbibliothek zu Gallberg

ist **Montag, Donnerstag und Sonnabend** vorm. von 11—12 Uhr geöffnet.

veranlassen, dieses Stückchen Papier wie eine Reliquie aufzubewahren. — Man sieht wieder, wo die Degenfreunde des deutschen Reichstagsabgeordneten Wetterle wohnen. Im übrigen ist gar kein Grund vorhanden, die Gefängnisstrafe Wetterles mit jentimentalen Augen zu betrachten. Dem Abbe wurde als Erleichterung seiner Last zugebilligt, daß er sich selbst beschäftigen, beschäftigen und leiden darf. Er genießt also dieselben Vorzüge, wie seinerzeit der Zentrumsgesandte Desjor und der katholische Pfarrer Kaufmann.

— (Englischer Dant für deutsche Hilfe in der Not.) Die „N. Polit. Korresp.“ schreibt: Ende November herrschte im Süden und Südwesten von Szechuan ein schwerer Taifun, der auch außerhalb des englischen Hoheitsgebietes befindliche chinesische Fischereiflotten betroffen hatte. Die von englischer Seite gemachten Bemühungen zur Hilfeleistung waren jedoch mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Von fünf deutschen Küstendampfern, die sich zufällig auf dem Wege nach Szechuan befanden, und sich freiwillig an dem Rettungsversuch beteiligten, wurden die Bemühungen der Engländer im Erfolg übertroffen. Der Gouverneur von Szechuan hat daher diese Tätigkeit der deutschen Dampfer in einer Rede im gesetzgebenden Rat rühmend anerkannt.

Der Klerus und der tote Belgierkönig.

Noch immer wird dem Geheimnis nachgeforscht, ob der verorbene König Leopold mit der Baronin Vaughan wirklich kirchlich getraut gewesen ist oder nicht. Der oberste Geistliche Belgiens, der Kardinal Mercier, hat bisher nur dunkel angedeutet, daß der König der Belgier seinem Willen nach mit Caroline Leclercq kirchlich verbunden gewesen sei. Nun treten die vereinigten Bischöfe von Belgien, der Erzbischof von Mecheln, Kardinal Mercier und die Bischöfe von Gent, Namur, Tournai, Lüttich und Brüssel auf, um in dieser Frage Stellung zu nehmen. Sie tun es in einem Hirtenbrief an die Geistlichen des Landes. Das Dokument enthält die Aufforderung, für den toten König Messen zu lesen und für den neugekrönten Monarchen die päpstliche Fürbitte in den Gottesdiensten anzuschließen. Der „Soir“ veröffentlicht heute abend den authentischen Inhalt des Hirtenbriefes. Die Stelle über die Ehe König Leopolds lautet:

„Die kirchliche Ehe des Königs und sein offenbar so arktisches Ende geben uns die beste Hoffnung, daß der liebe Gott dem toten König Mitleid erzeigen und nur die unvergänglichen Verdienste seines königlichen Lebenswandels in Anschlag bringen werde. Richtet nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet!“

Diese Mitteilung des belgischen Klerus, die so rhetorisch an das Gerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung

ends.
er,
müssen,
glichen.
Blage und
Reithobe,
die an Ver-
lig
agen
swolle
eschäft
ld.
gut
und
billig
en
derei.
ien
fen
son, Dralle,
Serlichen
nn.